

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 16 - Landesentwicklungsplan

Dazu sagt der Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503
Fax: 0431 / 988-1501
Mobil: 0172 / 541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 198.08 / 28.5.2008

Landesplanung muss Folgekosten berücksichtigen!

Der vorliegende Landesentwicklungsplan soll die Entwicklung des Landes von 2010 bis 2025 steuern. Sinn eines solchen Planes ist es, dafür zu sorgen, dass bei Planungen im Land auch langfristige Entwicklungen berücksichtigt werden.

Die Landesplanung schätzt, dass die Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein bis 2025 um fast 80.000 Menschen sinken wird. Auch der Wohnungsbedarf wird spätestens ab 2020 drastisch zurückgehen.

Trotzdem ermöglicht der Landesentwicklungsplan (LEP) ein Wachstum um 8 Prozent in der Fläche, zirka 13 Prozent in den Ordnungsräumen, und unbegrenzt in den Zentralorten. Wenn also so gebaut wird, wie der LEP es vorsieht, dann könnten in Schleswig-Holstein bis 2025 ungefähr 200.000 neue Wohnungen gebaut werden – das ist mehr als das Dreifache des bereits optimistisch gerechneten Maximums, bevor der Bedarf drastisch sinken wird.

Bei dieser Planung werden wir ab 2020 in großen Teilen des Landes Wohnungsleerstände haben. Die Folge wird ein Zusammenbruch des Immobilienmarktes sein. Viele Menschen, die ihre Alterssicherung auf ihr Einfamilienhaus gebaut haben, werden mit leeren Händen da stehen.

Trotzdem sind vielen Gemeinden diese Obergrenzen zu starr und sie fühlen sich durch den LEP-Entwurf eingeengt. Sie möchten sogar mehr als die möglichen 8 oder 13 Prozent zusätzliches Bauland ausweisen. Die FDP fordert deshalb, die Landesplanung solle keine Obergrenzen mehr setzen und auf die Forderung nach Abstimmung zwischen Zentralorten und Umlandgemeinden verzichten.

Herr Hildebrandt, warum fordern sie nicht gleich, die Landesplanung solle ihre Arbeit einstellen? Das ist doch schlichter Unsinn.

Allerdings wird der Ansatz der Landesplanung, pauschale Prozentsätze vorzulegen, den Erfordernissen auch nicht gerecht. Denn es kann durchaus vorkommen, dass in der einen Gemeinde ein rapides Wachstum zu erwarten ist, während in anderen Gemeinden die Bevölkerung drastisch zurückgehen wird.

Aus Sicht meiner Fraktion brauchen wir deshalb ein neues flexibles Planungsverfahren.

Beim Straßenbau ist es heute selbstverständlich, dass eine Abschätzung der Verkehrsentwicklungen, Umweltauswirkungen, der Lärmentwicklung und eine volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung vorgenommen wird. Nur auf Grundlage einer solchen Planung darf dann eine Straße gebaut werden.

Ich könnte mir vorstellen, dass wir bei der Planung eines neuen Baugebietes ähnlich vorgehen. Bevor eine Gemeinde einen F-Plan oder B-Plan ausweist, sollte in Zukunft ein regionaler Entwicklungsplan erarbeitet werden.

Darin müsste dargestellt werden, welche Bevölkerungsentwicklung in der Region zu erwarten ist und welcher Bedarf an neuen Wohnungen überhaupt existiert. Es müsste dargestellt werden, an welche Altersgruppe sich die neuen Wohnungen richten.

Wo sollen die Schulen sein, wo sind die Kindergärten für die neuen Wohngebiete? Welche ambulanten Pflegedienste soll es wo geben? Wo können die Menschen einkaufen? Wie werden sie an den öffentlichen Verkehr angeschlossen? Wie erfolgt die Versorgung mit Wasser und Energie, wie erfolgt die Entsorgung? Welche Umweltauswirkungen hat die Bebauung? Welche Auflagen sind erforderlich?

Auf einer solchen Grundlage müsste dann eine volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung für die jeweiligen Baugebiete erstellt werden.

Meine Damen und Herren, wenn eine solche Planung Grundlage für jedes neue Baugebiet würde, wie das ja beim Straßenbau heute selbstverständlich ist, dann könnte man auf die Obergrenzen verzichten.

So aber, wie der Antrag der FDP formuliert ist, bewirkt er leider das genaue Gegenteil und kann nur entschieden abgelehnt werden.
